

## Pressemitteilung

31.03.2020

### Kreistagsfraktion BVR/FW unterstützt Forderung der Bürgermeister nach Einschränkung der Besucherverkehre auf Inseln und Halbinseln

Im Landkreis Vorpommern-Rügen fordern Bürgermeister von Rügen und Hiddensee seit Tagen eine vollständige Abriegelung der beiden Inseln. Nur Menschen mit einem Erstwohnsitz auf den Inseln und Berufstätigen, die dort arbeiten, soll es erlaubt sein, sich auf den Inseln aufzuhalten. Es werden erneut Kontrollen an den Zufahrtsstraße gefordert. Vor allem Tagesgäste aus MV sollen jetzt draußen bleiben. Die Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler hält es für dringend notwendig, dass die Landesregierung die Situation einer erneuten Prüfung unterzieht und im Ergebnis dessen Regelungen im Sinne der Forderungen der Bürgermeister trifft.

„Ein derartiger Schritt ist aus unserer Sicht zum Schutz der Menschen auf Rügen und Hiddensee unbedingt notwendig. In den letzten Tagen haben wir in allen Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern sprunghaft ansteigende Fallzahlen bei den Corona-Infizierten erlebt. Die ersten Alten- und Pflegeheime im Land sind betroffen. Das Virus wird mittlerweile von Mensch zu Mensch innerhalb unseres Landes weitergegeben“, stellt Fraktionsvorsitzender Mathias Löttge klar. Daher muss auch der Privatreiseverkehr für Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern erneut betrachtet werden. Mit Ostern vor der Tür ist es absehbar, dass unzählige Tagestouristen aus MV gerade auf den Inseln unterwegs sein werden. Daher ist es erforderlich, die Möglichkeiten für eine Senkung der Besucherzahlen auch für die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst zu diskutieren. Allerdings darf der reibungslose Waren- und Güterverkehr durch solche Kontrollen nicht behindert werden.

„Die Landesregierung muss in Abstimmung mit dem Landkreis für die Menschen auf den Inseln Verantwortung übernehmen. Der Landrat hat mal das Zitat geprägt: Für die Inseln muss es auch Insellösungen geben. Jetzt ist es an der Zeit, im besonderen Fall darüber nachzudenken und eine Abwägung der Rechtsgüter Bewegungsfreiheit und Schutz der körperlichen Unversehrtheit sehr vieler Menschen vorzunehmen. Dabei sollte Letzteres den Vorrang haben“, fährt Mathias Löttge fort und fordert von der Landesregierung den Mut zur Entscheidung für den Schutz der Menschen auf den Inseln Rügen, Hiddensee und auch auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst. Die Gefahr, die von einem verstärkten Besucherverkehr ausgeht, nimmt von Tag zu Tag zu.